

Wieder mehr Kontakt zur Basis

Generalsekretär Andreas Scheuer diskutiert in Teisendorf mit CSU-Repräsentanten

Teisendorf – Die CSU will den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen der Parteiführung, den Mandats- und Funktionsträgern und den übrigen CSU-Mitgliedern künftig noch verstärken. Das wurde bei einem Diskussionsabend in Teisendorf mit CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer (MdB) unterstrichen, zu dem Repräsentanten aller rund 50 CSU-Ortsverbände der Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein kamen.

Diese nutzten die Gelegenheit, dem Generalsekretär aufzuzeigen, wo nach ihrer Ansicht weiterer Handlungsbedarf besteht. So wurde auf die stark gestiegenen Asylbewerberzahlen hingewiesen, deren Bewältigung schier unmöglich

scheine und nur mit dem Einsatz vieler freiwilliger Helfer möglich sei. Scheuer bestätigte, dass der Freistaat Bayern im Doppelhaushalt 2015/16 für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber voraussichtlich drei Milliarden Euro bereitstellen muss. Man müsse versuchen, den Flüchtlingsstrom zu reduzieren, aber auch dafür sorgen, dass Asylanträge rascher bearbeitet werden. Außerdem sollten die rund 40 Prozent, die keinen Asylgrund hätten, in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Nur so reiche die Kapazität für die »echten Asylanten«, unterstrichen Scheuers Gesprächspartner.

Für ohne Begleitung eintreffende jugendliche Flüchtlinge

müsse bislang noch immer der Landkreis die Betreuung übernehmen und die dafür nicht unerheblichen Personalkosten selber zahlen, kritisierte Landrat Georg Grabner. Der Generalsekretär signalisierte ihm, dass der Freistaat Bayern künftig auch zusätzliche Mittel für die Betreuung der unbegleiteten Jugendlichen bereitstellen wolle.

Es wurden noch viele weitere Themen angesprochen, darunter auch das Anliegen, dass bei der Reform der Erbschaftsteuer der Mittelstand nicht unter die Räder kommen darf. Schließlich stünden in Bayern in den nächsten fünf Jahren rund 24 000 Unternehmen mit über 350 000 Arbeitsplätzen vor einer Betriebsübergabe.

Anzustreben sei eine volle Befreiung von Erbschaftsteuer für Nachfolger familiengeprägter Unternehmen, wenn der Betrieb von ihnen fortgeführt wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es dürfe auch keine »indirekte Vermögenssteuer« beim Betriebsübergang durch die zuweilen diskutierte Einbeziehung von vorhandenem Privatvermögen in die Bedürfnisprüfung geben, betonten die CSU-ler.

Angesprochen wurde auch die Notwendigkeit, Anliegen, bei denen das Nachbarland Österreich bremst, offensiver zu vertreten. Als Beispiele wurden die Wasserkraftnutzung an der Salzach und der Fluglärm über dem Raum Freilassing genannt.